Bethmann gegen Rüstungseinhalt und Schiedsverträge

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): **- (1911)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-802677

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

sorgen beizeiten dafür, dass unserm Lande dieser geplante internationale Schiedsgerichtshof gesichert wird.

K. W. Sch.

—o—

Bethmann gegen Rüstungseinhalt und Schiedsverträge.

In Deutschland hat es noch nie an gründlichen Köpfen gefehlt, die es verstanden, rückständige Ideen in ein System zu bringen. Als ein Systematiker politischer Rückständigkeit hat sich auch Herr v. Bethmann Hollweg erwiesen, als er am 30. März den von Scheidemann ausgezeichnet begründeten sozialdemokratischen Abrüstungsantrag als unmöglich und utopisch verwarf. Man kann es seiner unheilvollen Rede zugestehen, dass sie in ihren logischen Folgerungen lückenlos geschlossen und konsequent ist. Bloss die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, sind grundfalsch. Ihre unleugbare Systematik und Folgerichtigkeit entspringt einer Weltanschauung, die einmal ihre Zeit gehabt hat, die aber überall Boden verliert, wo die geistige Entwicklung der Menschheit mit ihrer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hielt.

Was Herr v. Bethmann Hollweg gegen die Idee des Rüstungseinhalts und des allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichts ausführte, muss von allen unterschrieben werden, die in den brutalen Grundsätzen preussischer Militär- und Polizei-Machtpolitik der Staatsweisheit letzten Schluss erblicken, die die Treulosigkeit, den Verrat, die rücksichtslose Uebervorteilung für die unentbehrlichen und gebräuchlichen Mittel des diplomatischen Verkehrs halten. Solche Politiker, die mit ein paar Brocken Macchiavelli, Nietzsche und, nicht zu vergessen, Bismarcks ihren sozialphilosophischen Haushalt bestreiten, gibt es in den verschiedenen bürgerlichen Parteien viele, und so ist nur zu verständlich, dass es dem Rhetor Bethmann Hollweg diesmal an einem Chorus von Bewunderern nicht fehlt.

Aber diese aus allerhand, teilweise recht unverdauten Brocken zusammengeflickte spezifisch preussische Machttheorie ist überlebt und falsch. Es ist nicht wahr, dass sich die Stärke, die Macht, die weltpolitische Bedeutung eines Volkes einfach messen lässt nach der Stärke ihrer Mannschaften, ihrer Schiffe und Kanonen. Neben solchen Faktoren, die, wie jedermann zugibt, heute noch nicht vollständig auszuschalten sind, kommen auch andere in Betracht und gewinnen neben jenen ständig an Einfluss und Bedeutung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes und seine Stellung zu den andern Völkern beruhen in erster Linie auf der körperlichen und geistigen Tüchtigkeit seiner Angehörigen, auf jenen Kräften also, die im friedlichen Wettbewerb zur Entfaltung gelangen. Ein in diesem Sinne tüchtiges, leistungsfähiges Volk wird sich auch in verhältnismässig schwacher Rüstung erhalten und selbst kriegerische Schicksalsschläge kraftvoll überdauern. Ein Volk, das sozial herunterkommt und sich dem geistigen Fortschritt der Zeit verschliesst, wird mit allen Panzerschiffen, Maschinengewehren und militärischen Massenformationen immer nur ein Koloss auf tönernen Füssen bleiben, es wird die Macht, die es besitzt, nicht zu seinem Vorteil verwenden können und sie schliesslich für alle Zeiten verlieren.

Das sind Selbstverständlichkeiten, die auszusprechen man sich beinahe schämen muss. Aber noch mehr sollten sich die Leute schämen, die diese Selbstverständlichkeiten verkennen. Für Herrn v. Bethmann Hollweg und seine alldeutschen Trabanten ist dieses ABC der modernen europäischen Politik noch immer ein Buch mit sieben Siegeln geblieben, und darum kann es keine sachliche Verständigung geben zwischen ihnen und den fortgeschrittenen Politikern Europas, denen sich die Vertreter der Sozialdemokratie mit berechtigtem Stolz zuzählen dürfen.

Was Herr v. Bethmann Hollweg im Reichstag zum Entzücken aller Rüstungsschwärmer und Kriegsindustrieritter mit gründlicher Systematik entwickelte, war im Grunde nichts als die Kröchersche Theorie vom dummen aber starken Mann, auf die internationale Politik übertragen. Nur vom Standpunkte dieser Theorie aus konnte Herr v. Bethmann Hollweg zu dieser brutalen und unsinnigen Schlussfolgerung gelangen, der Schwache sei die Beute des Starken, ein Volk, das seine Rüstungen nicht mehr bezahlen könne, müsse in den zweiten Rang zurücktreten und sich mit der Rolle des Statisten begnügen. In Spanien, Belgien, Holland, der Schweiz, in den skandinavischen Ländern wird man zu dieser preussischen Militärmusik die Ohren spitzen und sich sagen: Weht der Wind wieder aus der Ecke? In England und Frankreich werden aber alle chauvinistischen Elemente über dieses unverfälschte Bekenntnis zur Blut- und Eisenpolitik, die den militärisch Minderbemittelten mit Drohungen in die Rolle des Statisten nötigt, vor Wonne ausser sich geraten. Herr v. Bethmann Hollweg ist ein deutscher Reichskanzler nach ihrem Herzen.

Aus der Theorie der militärischen Machtpolitik, die in jenem zitierten Satz des Reichskanzlers zu krassem Ausdruck kommt, ergibt sich mit tödlicher Folgerichtigkeit eine Politik des allgemeinen Misstrauens in die Ehrlichkeit der Absichten des andern. Wer soll denn kontrollieren, ob die von den einzelnen Völkern übernommenen Verpflichtungen hinsichtlich der Rüstungsbeschränkung eingehalten werden? fragt Bethmann Hollweg. Dass jedes Volk ein eigenes Interesse daran hat, seine Militärlasten zu beschränken, ist für den deutschen Reichskanzler noch immer ein unfassbarer Gedanke. Der Durchschnittseuropäer nach der Vorstellung moderner Politiker ist ein Mann, der freudig die sich ihm bietende Gelegenheit ergreift, sein militärisches Gepäck zu erleichtern, um für nützliche Arbeit die Arme frei zu bekommen. Nach der Vorstellung des Reichskanzlers ist er ein Mensch, der entgegen übernommenen Verpflichtungen ein Gewehr hinterm Schrank versteckt, um seinem Gegner gelegentlich eins auf den Rücken zu brennen. Von der Politik der Anhänger der Rüstungsbeschränkung unterscheidet sich jene der deutschen Regierung wie die Politik des Faustrechts von Gesetz und Recht.

Aber was soll hier Rede und Gegenrede! Die Diskussion kann nur den Zweck haben, die totale unheilbare Unversöhnlichkeit der beiden Weltanschauungen von hüben und drüben festzustellen!

Die Beschränkung der Rüstungen scheitert an der Beschränktheit unserer leitenden Staatsmänner! Ein erkältender Hauch geht von dieser Kanzlerrede aus, und wie Rauhreif wird sie auf viele Hoffnungen ausländischer Friedenspolitiker fallen. Die Geister des Hasses und des Misstrauens, die der Kanzler heraufbeschworen hat, werden sich an allen Ecken und Enden der Welt zu regen beginnen, und überall werden die Feinde Deutschlands ihren Volksgenossen die schlimme Wahrheit in die Ohren schreien, dass es Deutschland ist, das sich einem grossen Fortschritt der Menschheit mit dem Argument einer rohen Gewaltpolitik hemmend in den Weg stellt!

Die deutschen Sozialisten, die deutschen Arbeiter, Bauern und Bürgersleute wissen es aber jetzt auch: Nur über die Trümmer des in Preussen-Deutschland noch herrschenden Systems geht der Weg zum euro-

päischen Frieden und zur allgemeinen Rüstungsbeschränkung. Und in den kommenden Kämpfen wird sie das Vertrauen tragen, dass der Fortschritt der Welt an der Rückständigkeit der herrschenden Schichten nicht dauernd scheitern wird! („Basler Vorwärts".)

——o——

Antrag

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Friedensvereins in Chaux-de-Fonds 1911.

„Der Schweizerische Friedensverein möchte den Beschluss fassen, einstweilen für zwei Jahre einen je nach Kassenbestand und Möglichkeit bemessenen Beitrag von 200—300 Fr. an die Deutsche Friedensgesellschaft (derzeit in Stuttgart) auszurichten, in Anbetracht der bald heranrückenden wichtigen 3. Haager Konferenz, an der Deutschland den Ausschlag geben wird, und weil unsere dortigen Freunde weitaus den schwierigsten Kampf führen müssen."

Ich begründe meinen Antrag wie folgt:

1. Kein Land hat die Unterstützung aller Friedensfreunde so bitter nötig wie Deutschland, das noch am tiefsten im Militarismus steckt, besonders seit 1871 ganz übertrieben rüstet (ob mit Recht oder Unrecht will ich hier nicht untersuchen), ganz Europa zum Wettrüsten zwingt, ja sogar schon zweimal die dargebotene Hand von England und Frankreich zu einer allmählichen, vernünftigen Verminderung der Rüstungen kurz und glatt abgewiesen hat, ja nicht einmal in eine Diskussion darüber eintreten will. Es ist dies gewiss sehr traurig vom „Volk der Denker".

Weil dort im Volk eben das nötige Verständnis, die nötige Unterstützung unserer Sache leider noch nicht zu finden ist, müssen unsere dortigen Freunde die Agitation mit durchaus unzureichenden, geradezu lächerlich kleinen Mitteln betreiben für ein Land von 64 Millionen.

Ich weiss, dass sie herzlich dankbar wären für jede finanzielle Unterstützung, komme sie woher sie wolle. In England, Amerika, Frankreich etc., etc. ist die Friedensbewegung schon weit mehr erstarkt, Deutschland aber sollten wir etwas helfen.

Unsere deutschen Gesinnungsgenossen (Stadtpfarrer Umfrid in Stuttgart, Quidde, Fried etc.) bieten alle und jede Garantie für zweckmässige Verwendung des Geldes, und sie sind auch wohlweislich keine sogenannten übermütigen Agitatoren, sondern sind bisher immer mit ausserordentlich viel Takt, Verständnis und mit ruhigem Blut vorgegangen.

2. Mein zweiter aber Hauptgrund, warum ich meinen Antrag einbringe, ist ein Hinblick auf die in etwa drei Jahren (vielleicht früher) stattfindende dritte Haager Konferenz, an welcher Deutschland geradezu die ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Bedenken Sie: Wenn es unsern deutschen Freunden nicht gelingt, die Stimmung in untern und obern Kreisen Deutschlands unsern Bestrebungen günstiger zu wenden, dann wird auch die dritte Haager Konferenz an dem Widerstand Deutschlands wiederum scheitern oder doch nur „eine Maus gebären", und dann dürfte uns ein äusserst harter Schlag treffen: das Vertrauen in die ganze Friedensbewegung, deren praktischer Hauptzweck „Abrüsten" ist, könnte schliesslich verloren gehen — und auf einem Pulverfass sitzen wir sowieso.

Es trifft uns alle eine grosse Verantwortlichkeit, und es träfe uns für lange oder immer der Vorwurf: im kritischen Moment nicht alles getan zu haben, was in unsern Kräften steht, keine richtige Einsicht über die Weltlage gehabt zu haben (drei Jahre sind bald vorbei!).

Sie werden mir vielleicht einwenden: „Mit ein paar 100 Fr. ist doch nicht viel geholfen." Allerdings nicht. Allein, ist dies ein richtiger Grund, gar nichts zu geben, etwas Gutes, Zweckmässiges gar nicht zu tun? Uebrigens bin ich der lebhaften Ueberzeugung und Hoffnung: wenn der Schweizerische Friedensverein mit diesem guten Beispiel vorangeht, so werden andere, noch viel kapitalkräftigere Länder, auch reiche Private ganz gewiss nachfolgen, und hierin, im guten Beispiel, liegt die Hauptbedeutung. Ich glaube, dass es kaum eine bessere Verwendung unserer Gelder gäbe.

3. Der dritte Grund, mit dem ich meinen Antrag stützen möchte, ist ein interner, uns selbst angehender. Ich halte ihn (so paradox es klingt) im wohlverstandenen Interesse des Schweizerischen Friedensvereins selbst; ich behaupte, es wird uns gar nicht schwächen, sondern stärken, denn die paar 100 Fr., die wir zum Wohle des Ganzen opfern, würden uns reichlich wieder eingebracht, wenn man die Sache recht angreift und sich an die richtigen Kreise wendet, denn wir bekämen ein volksverständliches Propagandamittel.

Wohl kennt das Volk das Ziel der Friedensvereine und ist einverstanden damit, aber es hat, wenigstens bei uns in der Schweiz, offenbar nicht den Glauben, dass wir noch viel helfen können mit all unsern Versammlungen, Vorträgen etc., und da steckt eben der Has im Pfeffer. Wir haben dies bis jetzt zu wenig berücksichtigt.

Es fehlte bisher an einem volksverständlichen Mittel zu unserm Zweck: Mitglieder und Geld zu erhalten. Dies hat die Gleichgültigkeit gegen unsere Bestrebungen geboren, nicht eine eigentliche Opposition gegen unser Endziel. Wer von uns hat beim Mitgliedfang nicht schon den Einwand gehört: „Ja, was können wir kleinen Schweizer in dieser Sache jetzt noch wirksam tun? Nichts von Belang, also ich gebe nichts." Es lässt sich nicht leugnen, für unsere schweizerischen Verhältnisse ist dieser Einwand leider nicht ganz ungerechtfertigt, er ist einfach wahr.

Das würde aber anders, wenn man dem etwas nüchternen und praktischen Schweizervolk, den Bemittelten in Industrie, Handel und Landwirtschaft, sowie den minder Begüterten sagen und beweisen könnte, dass wir die gesammelten Gelder praktisch und segenbringend anlegen in der Friedenspropaganda bei den Grossmächten, wo sie unstreitig am meisten Nutzen bringen können und müssen, denn die Grossmächte geben den Ausschlag. Ich bin überzeugt, dann werden sich bei hoch und niedrig die Herzen und die Geldbeutel williger öffnen, denn es ist ganz über allem Zweifel erhaben: sieht man ein praktisches Mittel zum Zweck, so gibt man lieber.

Gewiss ist es wünschenswert, dass wir in der Schweiz ein paar 1000 Mitglieder mehr haben, und das wird auch kommen; allein für die allgemeine grosse Friedensbewegung ist dies von untergeordneter Bedeutung. Wenn unsere Bundesbehörden nicht ohnehin die Ueberzeugung hätten, dass unser Volk nicht kriegerisch gesinnt ist, sondern vielmehr immer deutlicher einsieht, dass es im allerhöchsten Interesse namentlich aller kleinen Staaten ist, internationale Streitigkeiten durch Gerechtigkeit, statt Gewalt zu schlichten, so werden bei unsern allfälligen Anregungen auch ein paar 1000 Mitglieder mehr oder weniger nicht stärker imponieren. (Hätten wir statt 7000 eine ganze Million Mitglieder, so wäre für die Sache des Weltfriedens nichts gewonnen.)